

28. SEP. 1960



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831 - 33  
Fernschreiber 0886890

P/XV/222 - 28. September 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Kapitulatio</u> Die CDU Ministerpräsidenten und der Fernsehstreit Von Jürgen F. Warner, Rundfunkreferent der SPD	69
2a	<u>Vertragsbruch</u> Moskau und Pankow	33
3 - 4	<u>Österreichs Sozialisten und Südtirol</u> Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta	70
5	<u>Adenauer - wie gehact</u> Von Franz Barsig	51
6 - 7	<u>Sozialdemokraten in der Verantwortung</u> <u>Aufbauleistungen in deutschen Städten</u> <u>Remscheid - die Stadt auf dem Berge</u> Von Oberbürgermeister Walter Frey	107

\* \* \* \*

### Kapitulation

Von Jürgen F. Warner, Rundfunkreferent der SPD

Ministerpräsident Ehard hat dem Kanzler die Kapitulation der CDU-Länder im Fernseh-Streit angeboten. Nichts anderes bedeutet sein Vorschlag, dem Bund durch ein Abkommen zwischen den Länderchefs und dem Kanzler die ausschliessliche Verfügung über das zweite Fernsehprogramm zu überlassen. Mit Recht hatten auch die Ministerpräsidenten der CDU bisher betont, dass eine Beteiligung des Bundes am Fernsehen, wenn überhaupt, nur durch einen Vertrag erfolgen könne, der die Organisation des Zweiten Programms der gemeinsamen Verfügung von Bund und Ländern unterstelle. Jede darüber hinausgehende Konzession zu Lasten der Länder bedeutet die grundsätzliche Aufgabe des Rechtsstandpunktes der Länder, ermöglicht es der Bundesregierung, ihre Kompetenzen auf dem Fernsehgebiet in Zukunft beliebig weiter auszudehnen.

Kein Wunder, dass Adenauer dies Angebot sofort annahm und sich auch gern bereit fand, es mit einer Scheinkonzession, der Überlassung des dritten Fernsehprogramms an die Länder, zu bezahlen. Das Umfallen des bayerischen Ministerpräsidenten und seiner Kollegen in den übrigen CDU-regierten Ländern eröffnet Adenauer die Chance, an einem Verfassungs-Streit in Karlsruhe vorbeizukommen. Ein Verfahren, dessen Ausgang hinter einem noch mühsam zur Schau getragenen Optimismus von den Juristen der Bundesregierung mit ständig wachsender Skepsis beurteilt wird. Diese Rechnung wird freilich nicht aufgehen. Bürgermeister Brauer hat bereits erklärt, dass Hamburg seine Klage nicht zurückziehen wird; auch die übrigen Kläger werden ihre Verfahren weiterführen. Das unaufrichtige Argument der CDU-Sprecher, man dürfe das Bundesverfassungsgericht nicht mit der Entscheidung einer politischen Streitfrage überfordern, verfängt nicht. Mit Recht hat Bürgermeister Brauer darauf hingewiesen, dass nur der böse Wille des Kanzlers, der einer parlamentarischen Klärung des Fernsehkonfliktes auswich und im Handstreich das Zweite Programm zu kapern suchte, bevor noch der Bundestag seine Beratung beendet hatte, die Verfassungsklagen erzwang.

So wenig die Kapitulation Ehard's den Bundeskanzler vor dem Spruch der Karlsruher Richter bewahren wird, genau so wenig handeln andererseits die Länder damit ein, dass ihnen jetzt Adenauer die Organisation des dritten Fernsehprogramms überlassen will. Dies dritte Programm ist

von vornherein dazu bestimmt, im Schatten des Adenauer-Fernsehens zu verkümmern. An Einnahmen aus den Fernsehgebühren soll für das erste und dritte Programm zusammen nur der gleiche Betrag zur Verfügung stehen, den das zweite Fernsehprogramm allein erhält.

Damit nicht genug: Adenauers Deutschland-Fernsehen GmbH soll auch zweimal so viel Werbezeit wie das erste und dritte Programm der Länder verkaufen dürfen. Diese Halbierung der Einnahmen für das Länderfernsehen wird in ihren Auswirkungen ergänzt durch den Zwang, auch das dritte Programm, ebenso wie das erste, regional zu dezentralisieren. Die zwangsläufig erhöhten Unkosten, die sich so ergeben werden, erschweren dem Länder-Fernsehen weiter den Wettbewerb gegenüber dem Deutschland-Fernsehen Adenauers. Dieser wirtschaftlichen Benachteiligung entsprechen weitere Vorschriften, die nur dazu gedacht sind, das Länder-Fernsehen, sollte es sich doch als lebensfähig erweisen, weiter einzuengen. Ohne Zustimmung der Länder kann die Bundesregierung jederzeit weitere Fernsehprogramme "für Gebiete ausserhalb der Bundesrepublik" einführen. Da Fernsehsendungen ihrer technischen Natur nach in der Nähe des Senders am besten zu empfangen sind, gibt diese Blankovollmacht der Bundesregierung das Recht, unter dem Vorwand von Auslandsendungen tatsächlich die Zahl ihrer Inlandsprogramme beliebig zu vermehren.

Damit immer noch nicht genug: Die CDU und ihr Parteichef, die nicht laut genug nach einer Konkurrenz im Fernsehen rufen konnten, haben es keineswegs eilig, das Adenauer-Programm der Deutschland-Fernsehen-GmbH der künstlich geschwächten Konkurrenz des dritten Programms auszusetzen. Adenauers Deutschland-Fernsehen, mit seinem fernsehfernden, aber politisch eindeutigen Aufsichtsrat soll im Wahljahr 1961 ungestört die Bildschirme beherrschen. Die Rundfunkanstalten der Länder, die ihre Vorbereitungen soweit abgeschlossen haben, dass ein grosser Teil der Zuschauer das dritte Programm bereits ab Januar 1961 empfangen könnten, sollen gezwungen werden, noch ein volles Jahr zu warten.

Die Einigung Adenauer-Ehard ist kein echter Kompromiss, um den Zuschauern schnell weitere gute Programme zu liefern. Diese Verschwörung, getragen von Adenauers Machtwillen, ist ein politischer Schachzug, um das Fernsehen als einseitiges Propagandainstrument zu missbrauchen. Diese Rechnung aber wird nicht aufgehen.

Vertragsbruch

sp - Die Sowjetunion billigt ausdrücklich, was Pankow tut - das ist der Sinn der letzten sowjetrussischen Antwortnote an die Westmächte. Moskau sieht in dem Protest der Westmächte gegen die von Pankow fortgesetzte Verletzung des Vier-Mächte-Status Berlins eine Einmischung in die Angelegenheiten eines "souveränen Staates". Moskau löst sich in dieser Note von allen Verpflichtungen, die es 1945 und 1949 im Potsdamer und im Jessup-Malik-Abkommen über den unbehinderten Zugang von und nach Berlin eingegangen war. Das ist ein offenkundiger Vertragsbruch mit noch unübersehbaren Folgen. Soll damit den Machthabern in Pankow weitere Handlungsfreiheit gegeben werden, ohne Rücksicht darauf, dass damit die Glaubwürdigkeit sowjetischer Unterschriften unter internationale Vertragswerke in Frage gestellt wird?

Die letzte Moskauer Note offenbart die Doppelzüngigkeit zwischen den Versicherungen Chruschtschows, in der Berlinfrage "noch eine Weile" zu warten und der Ausstellung eines in seinen Grenzen noch nicht voll erkennbaren Freibriefs für Herrn Ulbricht. Chruschtschow will den Weg zu einer neuen Gipfelkonferenz über Deutschland zwar offenhalten, gleichzeitig aber ermuntert er Herrn Ulbricht, die Ausgangslage für diese Gipfelkonferenz für den Westen zu verschlechtern und für die Sowjetunion zu verbessern.

Dieses Doppelspiel kann äusserst gefährliche Folgen haben. Es erhöht die Spannungen zwischen Westen und Osten und fügt den schon vorhandenen Explosivstoffen neue hinzu. Wer Ulbricht die Entscheidung über Fragen überlässt, die das Verhältnis zwischen den früheren Siegermächten berühren, spielt mit dem Feuer. Pankow strebt mit aller Macht die Abschneidung Berlins vom Westen an und raft sich Rechte an, die ihm völkerrechtlich nicht zustehen. Die sowjetische Billigung dieser Provokationsakte ist eine Herausforderung nicht nur der Bundesrepublik sondern auch des Westens. Der Westen soll in die Position gebracht werden, mit Ulbricht verhandeln zu müssen, und damit die Sowjetunion aus ihrer Verantwortung zu entlassen. Moskau glaubt mit solchen Kniffen dann die Deutschlandfrage "gelöst" zu haben - ist es sich klar, dass dies ein Trugschluss ist?

Österreichs Sozialisten und Südtirol

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen um das Südtirol-Problem in der Generalversammlung der Vereinten Nationen finden naturgemäss bei der österreichischen Bevölkerung rege Aufmerksamkeit. Es wäre ein verhängnisvoller Fehler, die Bedeutung dieser Frage zu unterschätzen, weil es in Südtirol keinen Bürgerkrieg und zwischen Italien und Österreich keine Kriegsdrohung gibt. Es geht bekanntlich nicht einmal um territoriale Ansprüche des einen Landes gegen das andere, sondern bloss um die Durchführung eines vor vierzehn Jahren, am 5. September 1946, in Paris abgeschlossenen Vertrages. Das Pariser Abkommen sieht im wesentlichen eine gewisse Autonomie für die deutschsprachigen Gebiete Südtirols sowie den Schutz des ethnischen und kulturellen Charakters der österreichischen Minderheit in Italien vor. Dieser Vertrag wurde von den christlich-demokratischen Regierungen Italiens nicht eingehalten. Das fragliche Gebiet erhielt keine Autonomie, sondern wurde im Gegenteil zunehmend italianisiert.

Nun will Österreich den italienischen Vertragsbruch vor der Weltöffentlichkeit der Vereinten Nationen einer gerechten Beurteilung anheimstellen und auf diese Weise eine Änderung der italienischen Haltung erzielen. Der Sprecher Österreichs ist der Sozialist Dr. Bruno Kreisky, 50, Aussenminister der österreichischen Bundesregierung und persönlicher Freund des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy Brandt. Obgleich es in aussenpolitischen Fragen zwischen den beiden Regierungsparteien, ÖVP und SPÖ, keine Meinungsverschiedenheiten gibt, haben doch die österreichischen Sozialisten eine längere und innigere Beziehung zum Südtirolproblem als ihre konservativen Koalitionspartner. Gewiss sieht man in der starken Tiroler ÖVP die Frage Südtirol sozusagen als internes Parteianliegen - in der Regierung repräsentiert durch den Tiroler ÖVP-Abgeordneten, den Innsbrucker Universitätsprofessor Dr. Franz Gschnitzer, 62, - aber auf gesamtösterreichischer Ebene waren und sind es die Sozialisten, die den stärksten Anstoss dazu gegeben haben, sich gegen das italienische Unrecht aufzulehnen. Zunächst sei darauf hingewiesen, dass der erste Aussenminister des revolutionären Österreich im Jahre 1918 der bedeutende sozialdemokratische Parteiführer

Dr. Victor Adler war, nach seinem Tode wurde der Sozialist Dr. Otto Bauer, der spätere Parteivorsitzende, Aussenminister der Republik.

Die Sozialisten waren von Anfang an Gegner des Gedankens der Kollektivschuld, der nach dem ersten Weltkrieg unter anderem zur gewaltsamen Abtrennung Südtirols geführt hat. Sie waren aber auch später die erbittertsten Gegner des italienischen Faschismus, der Südtirol zu italianisieren begann - und das zu einer Zeit, da die Vorläufer der heutigen ÖVP-Führung, ja sogar einige ihrer Exponenten selbst, mit dem italienischen Faschismus Bruderschaft feierten. Lediglich auf Drängen des Vatikans, der seine Händel mit Mussolini hatte, liess sich 1928 der damalige Bundeskanzler, Prälat Dr. Ignaz Seipel, einmal dazu herbei, im Parlament die Unterdrückung der deutschsprachigen Bevölkerung Südtirols anzuprangern. Nach einer höhnischen Antwort Mussolinis dauerte es nicht lange, bis Seipel offiziell erklärte, die Behandlung der Österreicher in Südtirol sei ausschliesslich Sache der italienischen Regierung. Später suchte der Austrofaschismus seinen Rückhalt überhaupt bei Mussolini, ja sogar Schutz bei diesem gegen Hitler. 1935 schmuggelte Italien mit Hilfe der österreichischen Heimwehr Waffen nach Ungarn, die gegen Jugoslawien bestimmt waren. Das jüngste Eintreten Jugoslawiens bei den Vereinten Nationen für den österreichischen Standpunkt in der Behandlung der Frage Südtirols mag zur Teil damit zusammenhängen, zum Teil aber auch mit der vorbildlichen Behandlung der slowenischen Kinderheit im sozialistisch regierten Bundesland Kärnten. Die blutige Unterdrückung der österreichischen Sozialdemokraten im Jahre 1934 wurde übrigens ebenso vom Palazzo Venezia aus geleitet wie die chauvinistische Unterdrückung der Bevölkerung Deutsch-Südtirols.

Hitlers Preisgabe dieses Landes zugunsten der Achsenfreundschaft wurde erstaunlicherweise auch nach Ende des zweiten Weltkrieges nicht revidiert. Österreich wurde zum endgültigen Verzicht gezwungen und schloss 1946 durch seinen damaligen ÖVP-Aussenminister und Tiroler Abgeordneten, dem aus der sozialistischen Jugendbewegung stammenden Dr. Karl Gruber, 52, (Kanzler Raab: "Mein roter Falke") den Pariser Vertrag, um dessen Durchführung es jetzt bei den Vereinten Nationen geht. Das im Frühjahr 1958 beschlossene Parteiprogramm der SPÖ spricht sich in seinem Abschnitt über internationale Politik für eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands aus und fordert "im Geiste der europäischen Verständigung die Anerkennung und Respektierung der Rechte der Südtiroler Bevölkerung".

Adenauer - wie gehabt

Von Franz Barsig

Für diesen Kommentar, der die Rede des Bundeskanzlers vor der CDU/CSU-Fraktion behandeln soll, werden höchstens fünfunddreissig Zeilen notwendig sein, denn in dieser Rede gab es nichts Neues und im Grunde genommen kann auch der Kommentator nur wiederholen.

Wer Konrad Adenauer für den mächtigsten Mann in der SPD hält, ist der Sozialdemokratie einigermassen gleichgültig. Sie pflegt ihre leitenden Persönlichkeiten auf den Parteitagen selber zu wählen und sie wird dabei wie bisher dem Bundeskanzler kein Stimmrecht einräumen.

Wenn die CDU/CSU die Bundestagswahlen 1961, wofür vieles spricht, nicht wie in den drei vorangegangenen Wahlen gewinnen sollte, dann wird das deutsche Volk nicht arm, sondern dann kann man eben nur sagen: armer Adenauer, arme CDU. Deutschland aber besteht nicht nur aus dieser Partei, es wird auch weiterleben, wenn eine andere Regierung in das Palais Schaumburg einzieht. Im übrigen ist der Kanzler gedanklich nur eine dünne Variante eingefallen, denn diesen Satz - damals wurde sogar mit dem Untergang Deutschlands gedroht - haben wir schon 1957 aus Bamberg und Nürnberg vernommen. Es hat keinen Sinn, sich darüber aufzuregen, denn wer glaubt schon daran?

Dass der Bundeskanzler stärker für das Vier-Mächte-Statut eingetreten ist als der Berliner Senat, ist neu. Wir können uns nur erinnern, dass die gesamte Politik der Berliner Regierung auf diesem Vier-Mächte-Statut fußt. Des Kanzlers Parteifreund, Bürgermeister Amrehn, wird diese Behauptung sicherlich nicht auf sich sitzen lassen.

Während dieser Teil der Rede des Kanzlers noch über die Fernschreiber lief, kam die neue sowjetische Note, die praktisch das Vier-Mächte-Statut aufkündigte und zu ernstesten Überlegungen Anlass geben sollte. Der Zusammenhang ist sicherlich zufällig, aber er zeigte blitzartig, wo die Politik beginnen und die törichte Wahlkämpferei enden sollte.

Im übrigen haben in der vergangenen Nacht 99,9 Prozent aller Sozialdemokraten geschlafen. Der Tag reicht aus, um Konrad Adenauer zu entgegnen. So, das sind 31 Zeilen, wozu mehr, für dieses Thema reicht es.

## Remscheid - die Stadt auf dem Berge

Von Oberbürgermeister Walter Frey

Nach seiner Einwohnerzahl ist Remscheid zwar eine Großstadt, in seinem Wesen und Charakter aber ist es eine Mittelstadt und wird es als solche auch bleiben. Seit eh und jeh wurde die Entwicklung dieser Stadt durch seine topographische Gestaltung, seine klimatischen Gegebenheiten und seine wirtschaftliche Struktur bestimmt. Das nach allen Seiten abfallende Bergmassiv hat vom höchsten bis zum tiefsten Punkt ein Gefälle von 280 m und ist zudem durch vielfältige Taleinschnitte in sich zerklüftet. Hierdurch ergeben sich städtebaulich reizvolle Aufgaben, aber auch ungeahnte Schwierigkeiten.

Als Zentrum der Werkzeugfabrikation ist Remscheid seit Jahrhunderten weltbekannt. Mit dem Einbruch der Technik ist die Stadt gewachsen, vorerst allmählich, später recht sprunghaft. So zählte Remscheid zur Zeit der Stadtwerdung 1808 nur 6 100, im Jahre 1860 bereits 15 600, 1900 waren es bereits 56 000 und 1939 rund 103 000 Einwohner. Heute ist diese Zahl mit 125 000 überschritten, der Zustrom hält, wenn auch in geringeren Umfang, auch weiterhin an.

Das besondere Merkmal der wirtschaftlichen Struktur zeigt sich in der Ausweisung der Industrie- und Handelskammer, wonach etwa 54 Prozent aller Unternehmungen weniger als 10 Beschäftigte, weitere 29 Prozent Betriebschaften zwischen 10 bis 49 und nur die restlichen 17 Prozent mehr als 50 bis etwa 3 500 Personen beschäftigen. Insgesamt finden etwa 54 000 Arbeitnehmer hier ihre Existenz.

Der 2. Weltkrieg versetzte Remscheid in seiner bisherigen Entwicklung einen schweren Rückschlag. Am Ende des Krieges lag die Stadt auf den Bergen in Trümmern. Etwa 57 Prozent aller 1939 vorhandenen Wohnungen waren zerstört, rund 52 Prozent der öffentlichen Bauten und Einrichtungen existierten nicht mehr. Hinzu kamen die übrigen, nicht unwesentlichen Schäden an Strassen und Wegen, Versorgungsleitungen und vieles mehr. Die Bevölkerungszahl war 1946 auf rund 93 000 Einwohner abgesunken. Das also war die Situation von 1945, das war vor geringen Veränderungen abgesehen auch noch der Zustand von 1948, als nach der Währungsreform der Neuaufbau beginnen konnte.

Im Mittelpunkt des Wiederaufbaues stand und steht noch die Beseitigung der Wohnungsnot. 1939 wurden in Remscheid 34 287 Wohnungen gezählt, Ende 1959 aber standen bereits 37 894 Normalwohnungen und Ende 1960 hat dieser Bestand die Zahl von 39 000 überschritten. Das ist ein Ergebnis, welches sich mit früheren Leistungen nicht vergleichen lässt und wahrscheinlich in dieser Größenordnung auch nicht mehr erforderlich ist. Für die nächsten 3 bis 5 Jahre ist allerdings noch ein verstärkter Einsatz im Wohnungsbau, vor allem im Mietwohnungsbau notwendig, um auch die restlichen, z. Zt. noch rund 6 000 Wohnungssuchenden ordnungsgemäß unterzubringen. Sorgen bereitet nur die zwischenzeitlich ins fast unangemessene gestiegene Miethöhe für jenen Teil der Bevölkerung, die noch nicht oder nie mehr zum Kreis der Begüterten gehören werden.

Der Wiederaufbau hat den baulichen Charakter Remscheids verändert. Moderne Wohnblocks und vielstöckige Geschäftshäuser beherrschen die Innenstadt. Der Markt und die unmittelbare Nachbarschaft zeigen ein großstädtisches Gesicht. Hochhäuser am Jarresplatz, am Hohenhagen und am Bahnhof geben dem Stadtbild neue Akzente. In bisher unbebautem Gebiet sind neue Stadtteile entstanden bzw. im Entstehen begriffen. Ein Großprojekt mit etwa 2 000 Wohnungen in Rd.-Lüttringhausen steht vor dem Beginn. Das Siedlungswesen hat neuen Auftrieb erfahren. Bereits vorhandene Siedlungen wurden erweitert, neue Siedlungen sind entstanden



und stehen in der Planung.

Die Neugestaltung des Bahnhofplatzes, der Ausbau des Friedrich-Ebert-Platzes wurden in den Jahren 1956/57 zur Regelung der Verkehrsverhältnisse als wesentliche Maßnahmen abgeschlossen. Eine großzügige Erneuerung und Erweiterung des Kanalnetzes ist im Entstehen und zum Teil bereits in Benutzung. Etwa 50 km neuer Kanalleitungen sind bisher bereits in Betrieb genommen, das Fernziel ist die völlige Kanalisierung im Ablauf der kommenden 10 Jahre.

Bereits 1953 konnte der Mehrschichtenbetrieb der Schulen eingestellt werden. 1949 erfolgte die Grundsteinlegung der ersten Volksschule, zu der sich inzwischen 5 weitere Volksschulen gesellen, hinzu kommt der 1958 übergebene Neubau der weiblichen Berufs- und Frauenfachschole. Eine weitere Volksschule wird Ostern 1961 in Benutzung genommen werden, der Neubau einer gewerblichen Berufsschule, eine Mädchen-Realschule steht in Vorbereitung, eine neue Volksschule entsteht bis 1962.

Das kulturelle Leben Remscheids erhielt nach der Zerstörung des alten Stadttheaters durch den Neubau eines neuen Theatergebäudes im Herzen der Stadt einen neuen Mittelpunkt. Eine Jugendmusikschule wurde gegründet, deren Schülerzahl alle Erwartungen übertroffen hat. Das Heimatmuseum wurde durch ein Wirtschaftsmuseum ergänzt und erweitert, das Deutsche Röntgenmuseum übergab im Vorjahr seinen neu errichteten Erweiterungsbau. Die Lüttringhauser Heimatspiele wurden 1956 neu eröffnet und sind lebendiges Zeugnis bestehender Heimatpflege. Von überörtlicher kultureller Bedeutung ist die 1958 eröffnete Musikische Bildungsstätte, welche stadtseitig unterstützt und gefördert wird.

Auf dem Sektor der Gesundheits- und Sozialfürsorge wurde eine intensive Aufbauarbeit betrieben. Die Städtischen Krankenanstalten wurden erweitert, generalüberholt und einrichtungsmässig verbessert. 1955 konnte der 1. Bauabschnitt des 1943 zerstörten Waisenhauses in Form eines Kinderdorfes in Betrieb genommen werden, inzwischen ist die Anlage vollständig und bietet Raum für 50 Kinder. Die Altenheime wurden überholt und erweitert, ein neues Altenheim wurde 1959 zur Benutzung freigegeben. Einrichtungen der "offenen Tür für Alte" bestehen in Remscheid bereits seit 1953, sie wurden zwischenzeitlich durch weitere Anlagen ergänzt. Jugendheime, Lehrlingsheime und andere Einrichtungen für die heranwachsende Jugend erfreuen sich einer guten Nutzung. 1950 wurden Kindergärten in Verbindung mit Schulen und Sportplätzen errichtet. Die Anzahl dieser Einrichtungen wächst von Jahr zu Jahr.

Mit diesen knappen Angaben über die Gestaltung und bauliche Erweiterung Remscheids ist nicht alles ausgedrückt, was in diesen Jahren harter kommunalpolitischer Arbeit geschehen ist. Politik und insbesondere die Kommunalpolitik ist die Kunst des Möglichen, des Vertretbaren aber auch des Wünschenswerten. Was 1945 unmöglich erschien, ist bis 1960 zu einem großen Teil gelöst worden.

Seit 1948 ist die SPD als stärkste Fraktion in der Ratsversammlung vertreten. Seit 1948 stellt die SPD ununterbrochen aus ihren Reihen den Oberbürgermeister, immer in der gleichen Person. Seit dieser Zeit hat die SPD direkt oder indirekt dieser Entwicklung verantwortlich vorgestanden und sie darf für sich behaupten, eine gute Arbeit geleistet zu haben. Nicht zuletzt ist auch das Vertrauensvotum 1956 bei der damaligen Gemeinderatswahl als Zeichen der Anerkennung zu sehen, als die SPD 22 der insgesamt 42 Ratsmandate erhielt, und damit die absolute Mehrheit im Rat ausübt. Neue Aufgaben stehen bevor und mit ihnen ein weiteres Ringen um das Vertrauen der Bevölkerung zur gewünschten und erforderlichen Leistung.

+ + +

Verantwortlich: I.V. Alber Daxler